

Den Worten müssen Taten folgen

Der UN-Klimagipfel in New York am 23. September war zweifellos hochrangig besetzt. Über 120 Staats- und Regierungschefs hatten ihr Kommen angekündigt, darunter US-Präsident Barack Obama, Frankreichs Präsident Francois Hollande und der britische Premierminister David Cameron. Auch Österreich war durch Bundespräsident Heinz Fischer und Umweltminister Andrä Rupprechter vertreten. Im Vorfeld fanden weltweit Demonstrationen für Klimaschutz statt. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bezeichnete den Klimawandel „als größte Gefahr für die Menschheit“ und forderte die Industriestaaten auf, ihren Beitrag zum Green Climate Fond zu leisten. Die folgenden Redner forderten teils in dramatischen Worten konkrete Schritte, die Erderwärmung zu beschränken - konkrete Zusagen für weitere Maßnahmen blieben jedoch weitgehend aus.

Doch genau von diesen hängt unsere weitere Zukunft ab. Wissenschaftler sprechen von einem kurzen Zeitfenster, in dem es noch machbar ist, die Erwärmung zu begrenzen. Je länger konkrete Maßnahmen hinausgezögert werden, desto aufwändiger und vor allem auch teurer wird die Umsetzung. Sind einmal große Klimaänderungen in Gang gesetzt, besteht keine Möglichkeit mehr, sie noch aufzuhalten. Die Folgen dieser Veränderungen sind selbst von modernsten wissenschaftlichen Modellen nicht abzuschätzen und würden unsere an die derzeitig vorherrschenden Bedingungen angepasste Zivilisation in große Bedrängnis bringen.

Besonders wichtig wird es in nächster Zukunft sein, klare Vorgaben herauszuarbeiten, welche Maßnahmen dem Klimaschutz dienen und nicht nur Marketingstrategien großer Konzerne sind. In diesem Zusammenhang wird die Globale Allianz für eine „klimasmarte“ Landwirtschaft (Global Alliance for Climate-Smart Agriculture), die beim UN-Gipfel offiziell vorgestellt wurde, von zahlreichen NGOs scharf kritisiert. Hier würden „Modelle der industrialisierten Landwirtschaft forciert“ ließ der Weltdachverband der katholischen Entwicklungsorganisationen CIDSE verlautbaren. Generell wird von Seiten vieler NGOs die Stärkung von regionalen Lebensmittelkreisläufen als nachhaltiger und klimaschonender Weg zur Sicherung der Nahrungsversorgung gesehen, während die derzeit praktizierte industrielle Landwirtschaft als einer der großen Emittenten von Treibhausgasen gilt.

Von NGOs positiv vermerkt wurde die Betonung des Zusammenhangs zwischen Klimaschutz und Armutsbekämpfung. An den bereits jetzt spürbaren Folgen der Klimaerwärmung leiden

vorwiegend wirtschaftsschwächere und ärmere Länder, die Unterstützung brauchen um die wichtigsten Vorkehrungen zu treffen. Den Mitgliedern der Allianz für Klimagerechtigkeit ist es ein besonderes Anliegen, dass diese Zusammenhänge berücksichtigt werden und Klimaschutz nicht nur als naturwissenschaftlich-technische Herausforderung gesehen wird.

Die Allianz für Klimagerechtigkeit setzt sich mit ihren Mitgliedsorganisationen dafür ein, dass von politischer Seite konkrete und ehrgeizige Maßnahmen gesetzt werden und Kriterienkataloge ausgearbeitet werden, die es ermöglichen, nachhaltig klimafreundliche Maßnahmen zu identifizieren und von „Greenwashing“-Aktionen zu unterscheiden.

Ganz besonders wichtig im humanitären Bereich ist vor allem auch, dass zugesagte Unterstützungen zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels für die Betroffenen tatsächlich und rasch zur Verfügung gestellt werden.

Der UN-Gipfel in New York hat gezeigt, dass die Bedeutung von Klimaschutz für die Menschheit von vielen erkannt wurde und das Thema auch in der Zivilgesellschaft vieler Länder präsent ist. Nun gilt es diese Aufbruchsstimmung zu nutzen und nachhaltige Rahmenbedingungen festzulegen, die ein gutes Leben für möglichst viele Menschen auf dieser Welt -jetzt und in Zukunft - ermöglichen.

[AVAAZ - Die größte Klima-Demo aller Zeiten](#)
[ZEIT - Bericht über weltweite Demos im Vorfeld des Gipfels](#)
[NGO Kritik zu Climate-Smart Agriculture - Kathpress](#)
[Kritik an Climate-Smart Agriculture - CIDSE](#)
[Webauftritt von Climate-Smart Agriculture](#)